

„Wir fühlen uns hier nicht willkommen“

Integration Um die rund 150 afghanischen Ortskräfte in Nürnberg hat sich über Wochen kaum jemand gekümmert.



Miriam Degnayr (li.) von „We integrate“, Traudl Morck von „Gemeinsam ankommen in der Stadt“ (Mi.) und Monika Hopp von der Arbeitsgemeinschaft der Nürnberger Helferkreise mit den Ortskräften Akbar Sayed Husseini und Hayatulla Nadi Zada (2. u. 4. v. li.). (Foto: dpa)

VON SILKE ROENNEFAHRT

NÜRNBERG – Es fällt Jamila Ibrahim noch immer nicht leicht, ihre Geschichte zu erzählen. Wenn sie erklärt, warum sie nach Deutschland kam, tauchen sie wieder auf, die schrecklichen Bilder von jenem Tag, als die Taliban ihre Familie im Sommer 2021 in ihrem Zuhause in Kabul überfielen und mit Waffen bedrohten. Zwei Kugeln trafen ihren zwölfjährigen Sohn – an den Folgen leidet der Junge noch immer, seelisch und körperlich. „Zuerst dachte ich, er ist tot.“

Jetzt ist die Familie in Sicherheit, doch die anfängliche Euphorie über ihre Rettung ist längst verflogen. „In Afghanistan haben die Deutschen immer hinter uns gestanden. Doch hier fühlen wir uns wie Fremde, die nicht willkommen sind“, sagt Ibrahim. „Und das tut weh.“

Dabei hätte die Familie eigentlich gute Voraussetzungen für einen Neuanfang in Deutschland. Jamila Ibrahim hat Jura und Pharmazie studiert und war in Afghanistan für die Johanniter im Einsatz, ihr Mann Hayatulla hat für die Regierung gearbeitet. Damit gehören sie zu den sogenannten Ortskräften und sind gegenüber „normalen“ Flüchtlingen privilegiert.

Sich selbst überlassen im Übergangwohnheim

Alle, die mit einer Aufnahmezusage der Bundesregierung ins Land gekommen sind, erhalten sofort eine auf drei Jahre befristete Aufenthaltserlaubnis. Sie sind nicht im Asylverfahren, haben Anspruch auf Sozialleistungen, dürfen arbeiten und sich eine Wohnung suchen. Ihre Kinder können ohne die sonst vorgeschriebene dreimonatige Wartezeit Schulen und Kindertagesstätten besuchen, die Erwachsenen können an Integrationskursen teilnehmen.

Nur: Erfahren haben die Ibrahims von all diesen Möglichkeiten nach ihrer Ankunft in Deutschland im Januar zunächst fast nichts. Über Wochen waren sie in einem staatlichen Übergangwohnheim in der Fuggerstraße weitgehend sich selbst überlassen, zuständig für die Unterbringung ist die Regierung von Mittelfranken. Auch die Stadt habe von ihrer Ankunft nichts gewusst, sagt Sozialreferentin Elisabeth Ries. „Eine Information wäre hilfreich gewesen.“

Nach der Ankunft habe man ihnen 250 Euro in die Hand gedrückt, verbunden mit der Information, „dass das für zwei Wochen reichen muss“, erzählt Ibrahim. Doch erfuhr die 33-Jährige weder, wo sie einkaufen kann, noch, wo sie anderweitig Hilfe bekommt. „Ich habe nicht einmal gewusst, wo ich einen Arzt für meinen Sohn finden kann. Es war niemand da, mit dem ich reden konnte.“

Dass die in Nürnberg untergebrachten Menschen weitgehend auf sich selbst gestellt waren, ist in den Augen ehrenamtlicher Helfer ein Skandal. Lediglich für administrative Aufgaben habe es eine von der Regierung von Mittelfranken engagierte Ansprechpartnerin gegeben, die gelegentlich erreichbar war, sagt Traudl Morck von der Initiative „Gemeinsam ankommen in der Stadt“. Doch die Frau, die zudem kein Persisch sprach, sei mit der Aufgabe offenbar überfordert gewesen. Mit ihrem Team hat Morck in einer anderen Unterkunft in Schweinau dafür gesorgt, dass sich die Situation der Menschen verbessert. Es gibt jetzt Spiel- und Lernangebote für die Kinder, ein Erzählcafé und Stadtteilspaziergänge.

„Alle haben sich gefreut, dass endlich jemand da ist“

In der Fuggerstraße haben Priscilla Hirschhausen und Miriam Degmayr von „We integrate“ erreicht, dass die Menschen wieder mehr Hoffnung schöpfen. Die beiden Frauen kamen eigentlich ins Haus, um eine traumatisierte Bewohnerin zu einem Arzttermin zu begleiten. „Doch wir haben gesehen, dass dort viele Menschen Hilfe brauchen. Alle haben sich gefreut, dass endlich jemand da ist.“

So zum Beispiel Akbar Sayed Hussein, der für ein deutsches Unternehmen im Straßenbau tätig war. Mit seiner Frau und den vier Kindern floh der 38-Jährige aus Mazar-e Sharif zunächst nach Kabul und dann nach Pakistan, dort habe er dann in ein Flugzeug nach Deutschland steigen können. Die Bundesregierung evakuiert bis heute die ehemaligen Ortskräfte, im Land warten jedoch ein knappes Jahr nach der Machtergreifung durch die Taliban noch immer Tausende auf ihre Rettung.

In der zentralen Aufnahmestelle in Leipzig sei er sehr freundlich empfangen worden, sagt Hussein. „Doch in Nürnberg hat uns niemand geholfen. Das hat sich erst geändert, als Priscilla kam.“ Erst seitdem hat er eine Bankkarte und einen Nürnberg-Pass, bekommt Geld vom Jobcenter und kann seine zwei älteren Kinder in die Schule schicken.

Mindestens 15 weitere Beraterstellen fehlen

Knapp 37 Stellen stehen in Nürnberg für die Flüchtlings- und Integrationsberatung aller Geflüchteten zur Verfügung, verschiedene Wohlfahrtsverbände sind dafür zuständig. Finanziert werden sie überwiegend von der bayerischen Staatsregierung, die Stadt beteiligt sich in ihren Unterkünften an den Sachkosten. Allerdings ist die Versorgung aus Sicht der Kommune nicht ausreichend, Sozialreferentin Elisabeth Ries hält mindestens 15 weitere Vollzeitkräfte für erforderlich, um den Bedarf decken zu können. Zudem kommen die Mitarbeiter häufig nicht in die Unterkünfte, sondern bieten ihre Dienste teilweise nur in zentralen Beratungsstellen an.

„Eine Zumutung“, findet Traudl Morck, weil viele sprach- und ortsunkundige Neuankömmlinge damit überfordert seien. „Nötig wäre wenigstens eine Beratung dazu, wo die Beratung zu finden ist“, sagt Monika Hopp von der politischen Arbeitsgemeinschaft der Nürnberger Helferkreise (PAHN). Und auch wenn dank viel ehrenamtlichen Engagements einiges auf den Weg gebracht werden konnte: Die dringend gesuchten Wohnungen können auch die Helfer nicht herbeizaubern. Bei etlichen wäre zudem dringend eine Traumatherapie erforderlich, betonen die Betreuer. Durch die fehlende Perspektive habe sich bei vielen der Zustand verschlechtert, sagt Degmayr. „Man spürt die Verzweiflung.“

Info

Dringend gesucht sind aktuell Wohnungen für die betroffenen Familien. Wer helfen kann, kann sich beim Verein „We integrate“ per E-Mail an team@wesupport.info melden.
